

Kaukasische Post

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 18 R. 50 K. für 2 Mnte. Anzeigen: die 3-mal gepaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 1 Abl., auf der 4. Seite — 70 Kov.

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin von G. Frid (vormals E. Kuffermann). Sprechstunden: 10—12 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Nr. 33.

Tiflis, den 1. Mai 1919.

11. Jahrgang.

Sonnabend, den 3. Mai 1919.

im Lokale der Deutschen Schule:

Vortrag von Herrn M. Jaekel,

Dipl.-Ing. und Oberlehrer am deutschen Realgymn. zu Tiflis, über die

Bebauung des Gemeindelandes,
vom wirtschaftlichen und künstlerischen Standpunkte,
mit nachfolgendem Meinungs-austausch bei einer
„TASSE-TEE“.

Eintritt frei. — Anfang 7 Uhr abends.

Doktor Hamm

ehml. Arzt am deutschen Krankenhaus in Tiflis

empfangt Kranke tgl. von 11—2 und 4—6.

Adresse: Тифл. Вешковьяжская ул. 57 (у Мейнировск. ул.). Тел. 17-34. 16-10

Gesucht

wird ein deutscher Junge von 14—15 Jahren als
Lauhbursche für ein deutsches Kontor. Offerten sind
an die Redaktion der Kauk. Post zu richten. 2—2

Deutschland am Vorabend der Entscheidung.

Am 10. 4. hatte die deutsche Nationalversammlung in erdrückender Mehrheit die feste Überzeugung ausgesprochen, daß die republikanische (deutsche) Regierung nur in einem solchen Frieden willigen werde, der eine Verständigung und Versöhnung als Grundlage hat, einen Frieden aber, der das deutsche Volk und die gesamte Menschheit um ihre Gegenwart und Zukunft brächte, ablehnen werde.

Hierausgehend, hat Präsident Ebert in seinem Ober-Glückwunsch-Telegramm an die Nationalversammlung diese Überzeugung als den „unbeugsamen Willen des deutschen Volkes“ bezeichnet, der für die republikanische (deutsche) Regierung unter allen Umständen verbindlich sei; daß dem allen so würde, wäre jedoch zu bezweifeln, solange diejenigen, von denen es abhängt, den Frieden zu geben, sich von Gefühlen der Mißgunst und Rache leiten lassen und die deutsche Nation durch die Hungersblockade d. h. die der Nordseehäfen, und die Bedrohung ihrer Existenz selbst zur Verzweiflung bringen. Schon vor fünf Monaten seien deutscherseits die Grundzüge des Friedens durch Annahme der feindlichen Bedingungen festgelegt worden. Auch hätten die Deutschen die schweren Bedingungen des Waffenstillstands erfüllt. Dagegen sie soweit bereits entworfen seien, bei fast völliger Vernichtung ihres wirtschaftlichen Wohlstands, würden alle Beschränkungen seitens der Verbündeten aufrecht erhalten und nicht einmal die in Gefangenschaft schmachtenden deutschen Krieger freisetzt! Dieser Umstand bedeute aber soviel wie Fortsetzung des Krieges und laufe auf dem deutschen Volke schwerer, als jemals eine Nation bedrückt worden sei. Die Deutschen hätten — mit einem Wort — alles getan, was zum Abschluß des Friedens und zur Entlassung des deutschen Volkes aus der grausamen Marter hätte führen sollen. Die Verantwortung für die Fortsetzung des gegenwärtigen Zustandes, unter welchen nicht nur die Deutschen, sondern auch das übrige Europa und schließlich die ganze Welt leiden, falle auf die Gegner. Noch sei es Zeit für sie, hierüber nachzudenken. — Freilich könne weder an Frieden, noch an Brot, noch an Arbeit,

noch an die Schaffung eines neuen Deutschlands gedacht werden, solange im Innern des Landes Teile des eigenen Volkes fortjahren, einen Kampf zu führen, der das ökonomische und soziale Leben gänzlich zu ruinieren drohe, oder schon stark ruiniert habe. Das Verstreuen der Massen, die Menschlichkeit wiederherzustellen, kann nicht als Entschuldigung für ein Handeln von Personen dienen, die der Weiterentwicklung der deutschen Republik als solcher Hindernisse in den Weg legen. Das neue Deutschland müsse mit aller Macht in einen sozialen Staat verwandelt werden. Die Vertreter der Interessen des ökonomischen und sozialen Gebiets müßten befähigten Einfluß auf das staatliche Leben des Landes haben. Die Uninteressantheit der Regierung sei namentlich hierauf gerichtet, weil das neue Deutschland nicht durch einen entscheidenden Sprung in das Ungeheure, der einem Sprung in den Abgrund gleichkäme, geschaffen werden könne. Die bolschewistische Diktatur des kleineren Teiles des Proletariats würde in einigen Monaten das Wirtschaftsleben Deutschlands vernichten.

Nun dauert aber der innere Kampf unentwegt fort, indes die deutschen Bevollmächtigten sich anschießen, in Verlaß des leidigen Friedensvorschlages der Feinde entgegenzunehmen. Mit bangen Erwartungen steht jeder Deutsche der nächsten Zukunft entgegen. Aber auch die übrige Welt ist in Erwartung der kommenden Dinge. Düreres Gewollt hält sich am politischen Horizont zusammen. Ein schweres Gewitter scheint heraufzuziehen. Wird es sich entladen in Donner und Blitz, schrecklicher denn je, oder wird ein heftiger Sturmwind unerwartet es vertreiben? Man fühlt ordentlich das Volken der Geschichte; die große Krisis des Weltkrieges ist angebrochen.

Inland.

Der Ministerpräsident R. S. Chordania empfängt am Montag und Donnerstag, von 12—2 Uhr vormittags. Die Anmeldungen zum Empfang werden präzise 12 Uhr abgebrochen.

Am 27. 4. hat im Ministerium des Auswärtigen die erste Sitzung der Konferenz der transkaukasischen Republiken stattgefunden. Anwesend waren Abordnungen der Republiken Georgien, Armenien und Aserbeidjan, mit den Herren Gegetschlori, Tigranjan und Chan-Schofi mit der Spitze. Die Delegierten der Bergvolker-Republik waren noch nicht eingetroffen. Die Sitzung eröffnete Gegetschlori mit einer kurzgehaltenen Begrüßungsrede, in welcher er die Hoffnung äußerte, daß die in so schwerer und verantwortlicher Stunde zusammengetretene Konferenz es ermöglichen werde, sich bis zur Höhe der Gruppeninteressen aller Völker des Transkaukasus zu erheben und die gemeinschaftliche Sprache zu finden, um die größtmögliche Annäherung dieser aneinander im Namen der allgemeinen Aufgaben der Völker Transkaukasus zu erzielen. Nach dem ungefähr in demselben Sinne gehaltenen Begrüßungsreden der beiden anderen genannten Abgeordneten schritt die Konferenz zur Feststellung ihres Arbeitsplanes.

Der 1. Mai gilt auch in Georgien als Feiertag. Große Aufzüge und Demonstrationen sind zu erwarten.

Das Mitglied der Gründungsversammlung R. Tschichladse ist am Flecktyphus gestorben.

Ausland.

In München haben seit dem Siege der Kommunisten über die sozialistische Regierung und der Flucht dieser letzteren nach Bamberg die Unruhen eigentlich gar nicht aufgehört. Nun meldet die Georgische Delegat.-Agentur, daß der Zustand in der bairischen Hauptstadt sich noch verschlimmert habe. Beide Regierungen, die neue (kommunistische) und die alte, d. h. die sozialistische, nach dem Einsetzen der Revolution in Deutschland (also auch in Bayern) geschaffene Regierung bekämpfen einander mit der Waffe in der Hand. Die „rote“ Armee soll 30 000 Mann stark sein, die alle vorzüglich bewaffnet sind. Außerdem soll sich hier eine große Menge bewaffneter russischer Kriegsgefangenen und Ungarn befinden. Die Bourgeoisie ist begreiflicherweise auf der Seite der alten Regierung. Die neue Regierung plant — in Anbetracht der herrschenden Lebensmittelnot — eine allgemeine Ausweitung der Bourgeoisie. Sie hat zunächst nach Bamberg mitgeteilt, daß für jeden ins Gefängnis genommenen Kommunisten 25 Angehörige der Bourgeoisie inhaftiert werden würden. Der Ministerpräsident Hoffmann seinerseits droht damit, jeden gleich einem Mörder aburteilen zu lassen, der in dem Münchener Revolutions-Tribunal an der Fällung von Todesurteilen teilgenommen würde. Über München erscheinen unaufhörlich Aeroblane, die Anrufe an die Bevölkerung ausstreuen, in denen die alte Regierung letztere auffordert, den Kommunisten in jeder Hinsicht Widerstand entgegenzuhalten. Ein allgemeiner Streik ist seitens der neuen Regierung unterdrückt worden, doch hat sich die Lage in München hierdurch nicht wesentlich geändert. Der Minister der nationalen Verteidigung Rostke sagte dieser Tage bezüglich der Vorgänge in München, daß es sich hierbei wohl um die letzten Anstrengungen der Anarchisten handle, die Regierungsgewalt ganz in ihre Hände zu bekommen. Die deutsche Regierung sei fest entschlossen, im Falle eines Rücktritts der gegenwärtigen Regierung (Bamberg), den Kampf mit den Kommunisten energisch auf sich zu nehmen. Um München von dem roten Schrecken zu befreien, habe er bereits genügende Truppenmassen hierher beordert. Diese befänden sich unter dem Befehl eines bairischen Generals.

In Düsseldorf (Rheinland) und Dresden (Sachsen), wie im übrigen Sachsen, gibt es ebenfalls nicht zu unterziehende Unruhen. In ganz Sachsen ist der Kriegszustand (nach Verständigung mit der all. deutschen Regierung) erklärt worden.

Polnische Truppen sollen bereits in einer recht beträchtlichen Zahl, man spricht von 10 000 Mann aller Waffengattungen, durch Ost-Preußen gezogen sein.

Eine englische Meldung besagt, Ungarn habe sich an die britische Mission mit der Bitte um unverzüglichen Waffenstillstand gewandt. Auch das rumänische Hauptquartier sei ungarischerseits um den Abschluß eines Waffenstillstands angegangen worden, angeblich mit dem Versprechen, die Räte zu entfernen und die Demokratie herzurichten.

Astrachan soll von den Ural-Kosaken eingenommen worden sein. Das britische Kommando in Batu will wissen, daß nächstens der direkte Dampferverkehr zwischen Batu und Astrachan wieder aufgenommen werden wird.

Sjewakopoli ist von bolschewistischen Truppen eingenommen. Der französische Oberst Troussel erklärt, daß zu Ende des Waffenstillstands die Verbündeten die Stadt ohne weiteres endgültig räumen werden.

